

Linke wollen wegen REP-Ehrung Oberbürgermeister absetzen

Der Wahnsinn will in Hanau nicht enden. Nach der Ehrung des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Bert-Rüdiger Förster laufen die Betroffenheitsbürger politisch weiterhin Amok. Eine Ehrung für das soziale Engagement und dann auch noch für einen REP-Funktionär darf einfach nicht sein.

Die SED-Nachfolgepartei hat bei ihrer Kreismitgliederversammlung jetzt den Rücktritt von Hanaus Oberbürgermeisters Claus Kaminsky (SPD) gefordert. Dabei müssen dann angeblich ausländerfeindliche Behauptungen herhalten, die sich so in den Redebeiträgen nicht einmal finden lassen. Vielmehr geht es um richtige und wichtige Kritik an der unseligen Asylpolitik der Altparteien, die unser Land in ein wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Chaos gestützt haben. Über Jahrzehnte werden die letzten Jahre unser Land prägen. Wer dieses nicht anprangert, sondern stillschweigend hinnimmt, der versündigt sich wie die Altparteien an unserem Volk.



Die Bewohner der beschaulichen Eigenheimsiedlung in Güstrow stehen nach dem gewaltsamen Tod ihrer 79-jährigen Nachbarin Erika H. unter Schock. Der tatverdächtige Asylbewerber hat eine dicke Polizeiakte, war aber trotzdem noch nicht abgeschoben worden. Der Mann stehe im Verdacht, die Frau am Donnerstagabend in ihrem Haus "mit stumpfer Gewalt" so schwer verletzt zu haben, dass sie kurz darauf starb, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der Ehemann hatte das Opfer mit einer schweren blutenden Kopfverletzung gefunden und den Rettungsdienst und die Polizei alarmiert. Im weiteren Verlauf wurde der Asylant dann festgenommen.

Bundeswehr: Selbst Munition reicht nur für einen Tag

Wenn man vom Zustand der Bundeswehr hört, dann ist schnell klar, dass es ungünstig enden wird. Zu sehr wurde über Jahrzehnte an der Truppe gespart. Für die Sicherheit müsste das Zwei-Prozent-Ziel im Verteidigungshaushalt keine Option sein, sondern ein Muss, finden jetzt verantwortliche Politiker immer häufiger heraus.

Wie sehr es daher selbst an den grundlegendsten Dingen fehlt, wird durch den neusten Skandal klar. Die Bundeswehr hat nach Schätzung vieler Experten sogar nur für einen Tag Munition. Angedacht wird jetzt wieder eine Reserve von mindestens einem Monat haben und endlich genügend Ersatzteile für Flugzeuge und andere Geräte. Daneben braucht die Marine mehr funktionsfähige Schiffe, die Luftwaffe Hubschrauber und Flugzeuge und beim Heer sieht es auf gesamter Materialbreite katastrophal aus. Diese Vorhaben werden jedoch nicht kurzfristig umsetzbar sein, sondern sich teilweise über Jahre hinziehen.

Deutschland vor der nächsten Asylbewerberflut?

Aktuell wird über die Medien verbreitet, dass die Zahl der Asylbewerber auf dem tiefsten Punkt seit drei Jahren angekommen sei. So sollen die Menschen in unserem Land offenbar beruhigt werden. Die Realität sieht aber bei einer genaueren Betrachtung anders aus und die Türkei droht immer häufiger mit dem Bruch des gut bezahlten Asylabkommens.

Die Zahl der Anträge von Türken stieg im Vergleich zum Vormonat um 56 Prozent. Auch Pakistaner (+41 Prozent) und Iraker (+33 Prozent) beantragten deutlich häufiger Asyl. Die EU-Asylagentur betonte angesichts des Zuwachses, dass die aktuellen Zahlen noch

deutlich unter denen der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 lägen. So seien im Juli 2016 fast 120.000 Anträge auf internationalen Schutz gestellt worden. Der türkische Präsident Erdogan hatte in den vergangenen Wochen mehrmals angedroht, mehr Flüchtlinge in die EU durchzulassen, wenn die Europäer nicht deutlich mehr zahlen. Die Türkei hatte seit Beginn des Bürgerkrieges im Nachbarland Syrien 2011 rund 3,6 Millionen Asylanten aufgenommen. Das im März 2016 geschlossene Asylabkommen sieht vor, dass die Türkei die Migranten künftig unterbringt und sie nicht in die EU durchreisen lässt. Insbesondere verpflichtete sich die Türkei, illegal nach Griechenland übergesetzte Flüchtlinge

wieder zurückzunehmen. Die EU verpflichtete sich im Gegenzug, sechs Milliarden Euro für deren Unterbringung zu zahlen für jeden in die Türkei zurückgeschickten Syrer einen anderen Syrer legal aufzunehmen. Doch nun ist der Bürgerkrieg in Syrien vorbei, die meisten der jetzigen Migranten kommen aus Afghanistan, dem Irak und Pakistan. Neuerdings plant Erdogan zudem eine Schutzzone in Nordsyrien einzurichten, in der Syrer untergebracht werden sollen. Beobachter gegen zutreffend davon aus, dass Erdogan ein neues Abkommen mit deutlich höheren Zahlungen erzwingen will – sowie möglicherweise Zusagen hinsichtlich einer Unterstützung für die geforderte Schutzzone.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Fridays for Future: Schulfrei für Kinder und jetzt noch für städtische Mitarbeiter

Damit eine politisch gewollte und korrekte Kundgebung möglichst viele Teilnehmer hat, muss manchmal nachgeholfen werden. So auch in Düsseldorf. Gegenüber der Presse teilte SPD-Oberbürgermeister Geisel mit, dass städtische Mitarbeiter während ihrer Arbeitszeit am globalen Streik der Klimabewegung „Fridays for Future“ teilnehmen dürfen. Er soll die Leitungen seiner Ämter gebeten, ihren Mitarbeitern die Beteiligung an der Klimademonstration zu ermöglichen.

Zu dem Vorgang teilte der REP-Landesvorsitzende NRW und Düsseldorfer Stadtrat Andre Maniera in einer Pressemitteilung mit: Erst wurden Kinder auf Demos gelockt und die Veranstaltungen durch den Ausfall der Schulstunden schmackhaft gemacht. Jetzt sollen offenbar die Besucherzahlen noch durch städtische Angestellte künstlich erhöht werden. Dabei handelt es sich wohl nicht nur um den Versuch, das mediale Sommerloch zu füllen, sondern sich politisch an eine wachsende Bewegung zu hängen. Während zu wenige Kitaplätze vorhanden sind, Wohnungsnot herrscht, die Stadt in verkehrspolitischen Fehlentscheidungen versinkt, die berechtigte Angst vor Straftaten wächst und ganze Stadtteile durch die Zuwanderungspolitik kippen, müssen nur diese Probleme scheinbar mit dem Umweltthema überfrachtet werden.

Verteilungen in den Bundesländern

Quer durch die Republik finden aktuell zehntausende Flugblätter ihren Weg in die Briefkästen. Mit dieser Spätsommerkampagne bieten wir Republikanern den Bürgern die Möglichkeit sich mehr mit den Zielen und Vorstellungen unserer Partei zu befassen. Dabei werden thematische Schwerpunkte in den Bereichen Islamisierung, innere Sicherheit, Feuerwehr und Diesel-Fahrverbot gesetzt. Teilweise wird auch schon für die anstehenden Kommunalwahlen geworben.

Steigende Altersarmut trotz Reformpläne der Altparteien

Viele Bundesbürger machen sich Sorgen, ob das Geld im Alter reicht. Doch selbst bei weiter guter Konjunktur könnte das Armutsrisiko unter Rentnern laut einer Studie in den nächsten 20 Jahren weiter spürbar steigen. Der Anteil davon bedrohter Ruheständler könnte bis 2039 von aktuell 16,8 Prozent auf 21,6 Prozent anwachsen. Stark im Fokus seien Menschen mit längerer Arbeitslosigkeit, Alleinstehende und Geringqualifizierte. Die Prognose unterstützt die Notwendigkeit von Reformen noch einmal zusätzlich.

Selbst bei einer positiven Arbeitsmarktentwicklung müssen wir mit einem deutlichen Anstieg der Altersarmut in den kommenden zwanzig Jahren rechnen. Zwingend notwendig sind deshalb Rentenreformen, so wie wir Republikaner es schon über Jahrzehnte gefordert haben. Als von Armut bedroht gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat. Laut Studie sind das Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen unter 905 Euro liegt.

Auch der Anteil von Beziehern von Grundsicherung wird deutlich steigen. So wird davon ausgegangen, dass alle die Leistung in Anspruch nehmen, die dazu berechtigt sind - auch wenn laut Schätzungen rund zwei Drittel der Berechtigten ihren Anspruch nicht wahrnehmen. Laut der Erhebung könnte der Anteil der Rentner, die zusätzlich auf staatliche Hilfe zur Existenzsicherung angewiesen sind, bis 2039 von 9 Prozent auf knapp 12 Prozent steigen

2020: Kommunalwahlen in Bayern und NRW

In Bayern und NRW werden in den nächsten 12 Monaten die Kommunalparlamente neu gewählt. Den Anfang macht Bayern am 15.03.20. Am 13.09.20 folgen dann die Wahlen in NRW. An beiden Wahlen werden auch wir Republikaner in verschiedenen Städten und Kreisen teilnehmen und bereits jetzt laufen die Vorbereitungen in beiden Bundesländern. Über die jeweiligen Kommunen, die an den entsprechenden Wahlen teilnehmen werden, informieren wir Sie die kommenden Monate.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

**Spenden für
 Deutschland >**


Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

 Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.